

# Konfliktlösung per Los?

## Politischer Streit zwischen Sachdebatte und Beziehungsproblem

Unsere politische Debattenkultur verfehlt häufig die eigentlichen gesellschaftlichen Konflikte und verliert sich stattdessen in destruktiven Scheingefechten. Ihr Problem: Sie vermag nicht zwischen Sach- und Beziehungsebene von Kommunikation zu unterscheiden und verfehlt sie daher beide. Doch es gibt Lösungsansätze, zum Beispiel in Form geloster Bürgergremien.

von Andreas Schiel

In der politischen Öffentlichkeit – ganz gleich ob in traditionellen oder sozialen Medien oder bei anderen Gelegenheiten wie Podiumsdiskussionen und öffentlichen Reden – streiten wir uns derzeit vielfach mit den falschen Mitteln über die falschen Inhalte und missverstehen dabei nicht selten auch noch gründlich die tieferen Ursachen unseres Streits. Das ist wahrscheinlich schon immer so gewesen, aber jetzt erleben wir diesen Mangel einer viel zu wenig konfliktbewussten Form der Diskussion über Politik gerade besonders stark, und Abhilfe tut Not. Schließlich ist der Eindruck da: Die Gesellschaft driftet auseinander und spaltet sich in Lager. Angesichts der heute zum Teil radikalen Herausforderungen und Umformungen unseres Gesellschafts- und Zivilisationsmodells in den unterschiedlichsten Bereichen<sup>1</sup> muss das Ziel aber mehr denn je lauten, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Wie können wir uns diesem Ziel annähern? Zum Beispiel, indem wir uns selbstkritisch die Frage stellen, ob wir die gesellschaftlichen und politischen Konflikte, mit denen wir uns tagtäglich konfrontiert sehen, eigentlich in ausreichendem Maße begreifen, um sie produktiv bearbeiten zu können. In die-

---

<sup>1</sup> In den kommenden Jahrzehnten müssen wir offensichtlich nicht nur eine Legitimations- und partielle Funktionskrise der repräsentativen Demokratie bewältigen, sondern uns auch mit in unterschiedlicher Weise durch technologische (Fehl)entwicklungen verursachten und sich nun akut aufdrängenden Problemen befassen: der menschengemachten Erderwärmung, den Risiken fahrlässiger oder böswilliger Anwendung von Künstlicher Intelligenz, den rasant zunehmenden Eingriffsmöglichkeiten der Biotechnologie in den menschlichen Organismus – um nur einige markante Entwicklungen zu nennen.

sem Text möchte ich erläutern, warum das bis dato nur in den seltensten Fällen gegeben ist und warum wir besser darin werden sollten, politische Konflikte auch auf einer psychologischen Ebene sinnvoll zu analysieren, um zukünftig bessere, nachhaltigere Lösungen dafür zu finden. Ich möchte dazu mit einer aus meiner Sicht zentralen These beginnen:

**Die meisten Debatten, die derzeit in unserem Land in der politischen Öffentlichkeit geführt werden, berühren nicht den Kern der dahinter liegenden Konflikte.**

Diese These, die Sie teilen können, aber nicht müssen, möchte ich nun in der Folge zu belegen versuchen. Ich werde dabei erstens auf die Limitierungen der seit Langem üblichen Form der Diskussion politischer Streitfälle in Form mehr oder weniger abstrakter, sprachlich geführter Debatten eingehen. Und zweitens darauf aufmerksam machen, dass es nötig und außerordentlich aufschlussreich wäre, sich neben den sachlichen und logischen Zusammenhänge politischer Konflikte auch den im weitesten Sinne menschlichen, nämlich den sozialen und psychologischen Dimensionen dieser Konflikte zuzuwenden, wenn wir sie wirklich verstehen wollen.

Und anschließend möchte ich einen Vorschlag machen, wie wir auf diese Weise die derzeitige unbefriedigende Situation frustrierender und destruktiver Zwietracht aufbrechen und damit gemeinsam zu neuen Ufern aufbrechen könnten. Sie ist aber auch verbunden mit einer oder besser mehreren Fragen, weil ich selbst noch keine befriedigende Antwort darauf gefunden habe, wie wir in Zukunft wirklich regelmäßig und zuverlässig besser und klüger über Politik diskutieren können, als wir das heute tun. Aber dazu später mehr.

## Politischer Streit verfehlt häufig den Kern des dahinter liegenden Konflikts

Politische Konflikte werden oftmals – und heute wieder vermehrt – als Streit um Begriffe ausgetragen. Die Logik dahinter: Wer sich in diesem Streit durchsetzt, der setzt auch die mit dem Begriff verbundene politische Agenda durch. Funktioniert hat das tatsächlich beispielsweise beim schon einige Jahrzehnte zurückliegenden Streit um die Bezeichnung von Kernreaktoren. Der von Industrie und Politik verwendete Begriff „Kernkraftwerk“ sollte auf den zivilen und damit vorgeblich sicheren Charakter der Energiegewinnung aus Kernspaltung verweisen und eine deutliche Abgrenzung zur Atombombe schaffen. Genau diese Assoziation aber wollten die Gegner der zivilen Kernspaltung mit ihrer Begriffswahl „Atomkraftwerk“ hervorrufen. Am Ende setzte sich AKW gegenüber KKW im öffentlichen Sprachgebrauch fast vollständig durch und ermöglichte wohl zumindest mitentscheidend den – nun auch offiziell von der aktuellen, unionsgeführten Bundesregierung so genannten – „Atomausstieg“.

Es gibt aber auch Streitfälle, die ganz anders ausgehen. Der im deutschsprachigen Raum vor allem in negativer Konnotation mit Karl Marx' *Das Kapital* (1867) in Verbindung gebrachte Begriff „Kapitalismus“<sup>2</sup> wird zwar bis heute vielfach mit freier Marktwirtschaft assoziiert. Aber auf Grund des durchschlagenden Erfolgs marktwirtschaftlich organisierter Systeme erinnert der Begriff in seiner heutigen Verwendung und Wahrnehmung zwar noch an den von Marx kritisierten Aspekt der rücksichtslosen Anhäufung von Kapital durch Einzelpersonen und Unternehmen. Doch auch viele Fürsprecher der Marktwirtschaft wählen gerne den Begriff Kapitalismus, um diese zu verteidigen. Denn den meisten Menschen erscheint diese Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft wenn schon nicht als sympathisch, dann doch als alternativlos und alles in allem bewährt. Somit ist der zumindest im deutschen Sprachraum zunächst eindeutig negativ belegte Begriff Kapitalismus gewissermaßen von den dadurch attackierten Besitzenden und wirtschaftlich Erfolgreichen mit einem mindestens teilweise positiven Gehalt gefüllt worden. So kann Kapitalismus heute genauso gut für eine Ordnung stetig zunehmenden Wohlstands und bürgerlicher Rechte stehen, wie für ein Regime ungleicher Reichumsverteilung und Ausbeutung.

Ein ähnlicher Effekt ist neuerdings im Zusammenhang mit dem Begriff „Populismus“ zu beobachten. Anfangs als abwertende Charakterisierung von am rechten oder linken Rand des politischen Spektrums aufkommenden Bewegungen und Parteien verwendet, beginnen die damit bezeichneten teilweise, sich den Begriff als positives Prädikat, das ihre Volksnähe widerspiegeln soll, zu eigen zu machen. Das Zwiespältige am politischen Kampf um Begriffe ist somit, dass nie recht klar ist, wie er sich auf die realen politischen Verhältnisse letzten Endes auswirken wird. Kann der Sieger im Kampf um den Begriff am Ende auch den sachpolitischen Erfolg erreichen, wie im Fall der Kernenergie, oder geht der Sieg nach hinten los?

Nun könnte man sagen: Natürlich kann die Komplexität politischer Zusammenhänge nicht in einzelnen Begriffen widergespiegelt werden. Solche Begriffe sind zwar häufig Objekt erbitterten politischen Streits, aber da geht es eben auch weniger um die Sache, als um die Bildung gesellschaftlicher Mehrheiten. Da geht es nicht um Inhalte, sondern um Strategie und Taktik.

Aber es gibt auch einen grundsätzlichen Einwand gegen die sprachliche Behandlung politischer Probleme, die ja mittelbar immer darauf zielt, einen komplexen Zusammenhang auf einen oder zumindest wenige einfache Begriffe zu verdichten. Dieser Einwand ist vor allem von Philosophen häufig vorgebracht worden. Und er richtet sich nicht nur gegen die falsche, oberflächliche oder rein instrumen-

---

<sup>2</sup> Nachhaltig geprägt haben ihn im Deutschen aber erst Werner Sombart: *Der moderne Kapitalismus* (1902) und Max Weber: *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* (1904).

telle Verwendung spezifischer Begriffe, sondern gegen den gesamten Prozess der politischen Debatte, wie wir ihn kennen. Platon war einer der ersten Kritiker dieses Verfahrens. Er wies zurecht darauf hin, dass auch sprachlich elaborierte und ausführliche politische Diskussionen vielfach „sophistisch“ verlaufen, weil die verwendeten Begriffe und Argumente eher nach ihrer rhetorischen und taktischen Wirkung als nach ihrer sachlogischen Angemessenheit ausgewählt werden.<sup>i</sup> Das bedeutet, kurz gesagt: Häufig wird in politischen Diskussionen um den heißen Brei geredet, getäuscht, getrickst, es werden wirre Behauptungen aufgestellt und unfaire Argumente vorgebracht.

Platon und nach ihm viele andere haben daher versucht, logische Ordnung in politische Debatten zu bringen, in der Hoffnung, dies möge der Wahrheitsfindung und damit auch der *Wahrheitsbindung* von Gesprächen über Ethik und Politik dienen. Wenn klar ist, worüber genau eigentlich gesprochen wird, welche Argumente fair und welche unfair, welche Behauptungen angemessen und welche absurd sind, sollte es weniger Irrtümer, weniger Lügen und auch weniger Streit geben. Dafür mehr Erkenntnis und gute Lösungen für alle. So weit die Theorie. Bis heute gibt es Versuche, mit Hilfe argumentativer Logik und logischer Begriffsklärung hitzige, unfaire und im Ergebnis schädliche Diskussionen über Politik gewissermaßen zu befrieden. Dieser im besten Sinne aufklärerische Ansatz ist durchaus respektabel, und zuletzt hat etwa der Philosoph Daniel-Pascal Zorn mit seiner *Logik für Demokraten* (2017) einen weiteren beachtenswerten Versuch unternommen, diesem Ansatz zum Erfolg zu verhelfen.<sup>ii</sup>

Allerdings gibt es viele Kritiker – zu denen ich mich auch zähle –, die bezweifeln, dass die dafür nötige „ideale Sprechsituation“ – um einen Ausdruck von Jürgen Habermas zu verwenden, auf den viele der modernen, „Deliberation“ genannten Ansätze zur logischen Strukturierung politischer Streitigkeiten zurückgehen –, dass diese „ideale Sprechsituation“ fast nie – und wenn doch, dann nur um den Preis fataler Abstraktion – von den eigentlich zu Grunde liegenden Problemen hergestellt werden kann.<sup>iii</sup>

Unabhängig davon, wieviel Hoffnung man auf ein solches Verfahren setzen mag: Wir wissen alle, dass es jedenfalls in der heute gängigen Praxis von geschätzt 95% aller politischen Diskussionen, die in der Öffentlichkeit stattfinden, sehr schlecht herzustellen sein wird. Zeit müssten die Gesprächspartner erst einmal haben, sehr viel Zeit. Und ein geduldiges Umfeld, das ihnen erlaubt, ihre Positionen ausführlich zu entfalten. Sie müssten sich jeglicher rhetorischer und taktischer Tricks enthalten, und es dürfte auch keinerlei Machtgefälle zwischen ihnen geben. Schließlich müssten sie nicht nur die ehrliche Absicht, sondern auch die Fähigkeit haben, subjektive Gefühle von der objektiven Darstellung ihrer Ansichten zu trennen und ihre Argumentation transparent und logisch zu gliedern.

So weit zur kritischen, wissenschaftlichen Bestandsaufnahme. Wir können sie an dieser Stelle auch abkürzen und zusammenfassend sagen: Nach einem solchen Muster über Politik „vernünftig“ und „in der Sache“ zu diskutieren, klingt zunächst sehr vielversprechend, klappt aber in der Realität (fast) nie. Frustrierender Weise haben jedoch sehr viele Akteure in Medien und Politik sowie große Teile der politischen Öffentlichkeit auch nach Jahren und Jahrzehnten der wiederholt und dauerhaft fehl-schlagenden Kommunikations- und Diskussionsversuche nach dieser Methode immer noch nicht be-griffen, dass sie nicht oder allenfalls nur unter extrem anspruchsvollen Bedingungen funktioniert. Stattdessen bleiben sie einem regelrechten Logizismus verfallen, der besagt, dass politische Positio-nen, die uns irgendwie falsch, schlecht oder einfach widersinnig erscheinen, am Ende auch als unlogi-sche und unvernünftige Positionen enttarnt und von der Öffentlichkeit abgelehnt werden müssten.

Ehrlich gestanden: Meine Frustration und auch mein Unverständnis über diese Haltung wächst mit den Jahren immer mehr, und manches Mal erscheint es mir ratsam, den besonders unverdrossenen Anhängern dieses fast immer zuverlässig missglückenden Ansatzes die Konsultation eines Psycholo-gen zu empfehlen, der sich mit menschlicher Kommunikation auskennt. Und das ist jetzt gar nicht de-spektierlich gemeint. Es wäre nämlich wirklich hilfreich, vor allem wenn dieser Psychologe Paul Watzla-wick hieße.

Paul Watzlawick hat nämlich in seiner Kommunikationstheorie schon vor einigen Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass Konflikte zwischen Menschen immer zwei Dimensionen einschließen: Erstens eine *inhaltliche, sachliche Dimension*, über die in mehr oder weniger abstrakter Sprache gesprochen und debattiert werden kann. Zweitens aber – gleich wichtig! – eine *Beziehungs-Dimension*, in der es um das Verhältnis derjenigen geht, die miteinander diskutieren und streiten. Übersehen die Beteiligten eines Streits diese Beziehungsebene in der menschlichen Kommunikation, so Watzlawick, ist der Streit schwer bis gar nicht aufzulösen, weil zum Teil absurde Scheingefechte geführt werden, über Probleme, die durch die gewählten Begriffe und Argumente überhaupt nicht in ihrem Kern getroffen sind.<sup>iv</sup> Ein alltägliches Beispiel wäre der Ehestreit um den richtigen Umgang mit der Zahnpastatube (legen oder stellen), bei dem es natürlich zuallerletzt wirklich um Zahnpasta geht, sondern vielmehr um tiefer lie-gende Fragen und Konflikte der Beziehung, die aber nicht direkt angesprochen, sondern im Streit über die Zahnpasta bloß stellvertretend ausagiert werden – ohne dass freilich dadurch eine Lösung des Kon-flikts in greifbare Nähe rücken würde.

Wer diesen Zusammenhang nicht durchschaut und sich immer weiter nur um Zahnpasta streitet, so Watzlawick, dem wird natürlich auch nicht klar, worüber er eigentlich streitet und er wird darüber nicht selten immer hitziger, unbeugsamer oder frustrierter. Ich habe den Eindruck, dass heute viele politische Konfliktfälle genau in dieser unbefriedigenden und schädlichen Weise diskutiert werden.

Tatsächlich streiten wir oftmals, ohne recht zu wissen, worüber und warum wir uns eigentlich gerade so aufregen. Und je weiter wir uns in eine Position hineinsteigern, die uns als absolut gerechtfertigt und unhinterfragbar erscheint, desto weiter entfernen wir uns möglicherweise vom eigentlichen Kern des Konflikts.

## Eine sozial- und gruppenpsychologische Perspektive hilft, viele unserer politischen Konflikte zu verstehen

Oder ist das eine falsche Analogie? Ich kann mir jedenfalls vorstellen, dass viele eine solche Analyse ablehnen würden, mit dem Argument: In der Politik streiten wir uns doch nicht über Kinkerlitzchen wie Zahnpasta! Wenn im Streit über Zuwanderung und kulturelle Identität die einen befürchten, dass gewissermaßen das 'Deutschtum' unter die Räder kommt, während die anderen grundlegende Menschenrechte unterminiert sehen und beide Seiten zentrale Prinzipien der Verfassung infrage gestellt glauben – dann geht es doch um Grundsätzliches. Es geht um Werte mit langer Tradition und nicht um Zahnpasta. Und müsste man somit nicht auch eine Perspektive abweisen, die einen solchen politischen Konflikt mir-nichts-dir-nichts psychologisiert? Schließlich ist ein politischer Konflikt, der nicht nur zwischen Individuen, sondern auch und vor allem zwischen Gruppen ausgetragen wird, doch etwas anderes als ein Ehestreit.

Das ist ohne Zweifel richtig. Allein die Mechanismen und Pathologien der beiden in ihrer Erscheinungsform sehr unterschiedlichen Konflikte ähneln sich doch. Und zwar frappierend. Aber als wissenschaftlich gebildeter Mensch halte ich auch nichts davon, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Bis jetzt wissen wir ja nur so viel: Wir haben einen zusehends hitzigen Konflikt um Einwanderung und kulturelle Identität, der sich auf allen Ebenen der politischen Öffentlichkeit zeigt und den wir mit unserer gebräuchlichen Form politischer Diskussionen und Reden, also mit sprachlicher Argumentation offenbar einfach nicht auflösen können. Im Gegenteil: Er spitzt sich weiter zu.

Da ist guter Rat teuer – und da kann es ja immerhin nicht schaden, neue bzw. (wie wir gleich sehen werden) alte, jedenfalls vielfältige Perspektiven auf den Gegenstand Politik anzuwenden, um hier zu einem Erkenntnisgewinn zu kommen. Bei der Betrachtung des immer unversöhnlicher und ideologischer ausgetragenen Streits zwischen zusehends radikal argumentierenden gesellschaftlichen Gruppen kamen mir kürzlich die Begriffe „Eigen-“ und „Fremdgruppe“ (ingroup/outgroup) in den Sinn, an die ich mich aus meinem schon länger zurückliegenden Studium der Theorie internationaler Beziehungen noch erinnerte. Im Rahmen meiner aktuellen Recherche stellte ich dann fest, dass diese Dynamiken zwischen antagonistisch agierenden Gruppen zuerst von Henri Tajfel zur Mitte des vergangenen

Jahrhunderts formuliert wurden. Vielleicht haben auch Sie schon einmal von dieser gruppenpsychologischen Interpretation sozialer und politischer Konflikte gehört oder gelesen, aus der im Laufe der Jahrzehnte ein eigener Forschungsweig entstanden ist.

Die Beobachtungen und Hypothesen Tajfels passen jedenfalls frappierend gut zur aktuellen Konfliktlage im Streit um die Akzeptanz von Zuwanderung und den Stellenwert einer pluralen, multiethnischen Gesellschaft. Wenn wir eine solche, sozialpsychologische Perspektive zur Interpretation von Streitfällen heranziehen, wie sie sich beispielsweise in Sachsen an den Vorfällen in Chemnitz im Sommer 2018 und dann zusehends am Streit um den Begriff „Hetzjagden“ entzündet haben, kommen wir meines Erachtens wesentlich weiter, als wenn wir solche Konflikte nur nach begriffslogischen oder ideologischen Gesichtspunkten einordnen.

Die Sozial- und Gruppenpsychologie im Sinne Henri Tajfels und anderer Autoren geht davon aus, dass die Identität und die Stabilität des Selbstbilds eines Menschen in erheblichem Maße von der Verortung und Zuordnung zu sozialen Gemeinschaften bzw. Gruppen abhängt. Identität ist aus dieser Perspektive deshalb vor allem soziale Identität. Sie steht und fällt mit dem Maß an empfundener Zugehörigkeit und Anerkennung, dass mir eine spezifische Gruppe, als deren Angehöriger ich mich fühle, vermittelt. Gleichzeitig funktioniert solcherlei Identität – das ist ja eine strukturelle und geradezu logische Voraussetzung von Identifikationsprozessen – nur durch Abgrenzung von anderen Gruppen. Jede und jeder von uns fühlt sich demnach einer bestimmten Gruppe von Menschen zugehörig, während er die zentralen Identifikationsmerkmale anderer Gruppen eher verneint.<sup>v</sup>

Im Alltag kann sich das freilich als vielgestaltiger und dynamischer Prozess der Identitätsfindung und Selbstdefinition abspielen, der gut und gerne auch den Eindruck einer nur partiellen und stufenweisen Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Milieus und Gruppen einschließen mag.<sup>3</sup> Gruppenzugehörigkeit wird im Alltag meist relativ, selten absolut empfunden – und das, je pluraler und ausdifferenzierter eine Gesellschaft ist, umso mehr.

Eigentlich. Aber in eskalierenden politischen und sozialen Konflikten, wie etwa dem Streit um sogenannte „Hetzjagden“ im Sommer 2018 in Chemnitz findet eine plötzliche Frontenbildung statt. Diejenigen, die dem Begriff zustimmen und ihn als adäquate Beschreibung eines Geschehens betrachten, ordnen sich entweder selbst einer Gruppe mit bestimmten Merkmalen, (scheinbar) geteilten Überzeu-

---

3 So fühle ich mich persönlich z.B. derzeit der Gruppe der wissenschaftlich Forschenden durch meine Ausbildung und Teile meiner aktuellen beruflichen Tätigkeit teilweise, aber nicht gänzlich zugehörig, weil mir die dauerhafte, formale Anbindung an eine Hochschule oder ein staatliches Forschungsinstitut derzeit fehlt und ich in meiner beruflichen Tätigkeit auch anderen, nicht als wissenschaftlich zu klassifizierenden Aufgaben nachgehe.

gungen und einer relativ klaren politischen Ideologie zu, oder werden dieser Gruppen von anderen zugeschlagen. Wer den Begriff mit mehr oder weniger deutlichen Worten ablehnt, findet sich ebenso schnell in einer anderen Gruppe wieder, der gegenläufige Eigenschaften, Absichten und ideologische Bekenntnisse zugeschrieben werden. Es findet das statt, was in einem politischen Konflikt gern als Frontenbildung bezeichnet wird.

**So entsteht aber ein gleich doppelter Schaden für die politische Öffentlichkeit und ihre Fähigkeit, Konflikte produktiv zu bearbeiten und letztlich zu lösen.**

Zunächst ist da der sozusagen sachlogische Schaden. Der Konflikt kann schon auf der *inhaltlichen Ebene*, der Ebene von Sachzusammenhängen, Ideen und politischen Zielen nicht annähernd sinnvoll diskutiert und aufgeklärt werden. Die Chancen dafür – das habe ich eben zu erläutern versucht – stehen schon im Alltag nicht gut. Nun aber wird alles noch schwieriger: Es wird viel geschimpft, verurteilt, gedroht und pauschal klassifiziert, aber wenig zur Aufklärung der Zusammenhänge beigetragen.

Und darüber hinaus gibt es auch noch einen weiteren, einen sozialen Flurschaden. Dieser findet gewissermaßen auf der *Beziehungsebene* statt und gründet darin, dass in einem solchen Konflikt – wie gerade angedeutet – im Rahmen psychischer Intergruppenprozesse eine pauschale Selbst- und Fremdzuordnung von Personen zu zwei stereotyp wahrgenommenen und beschriebenen Gruppen stattfindet. Während sich die vor den Vorfällen ohnehin schon ideologisch Denkenden auf der rechten und linken Seite darüber gefreut haben dürften, gerät nämlich ein nicht kleiner Personenkreis, der zu den Vorgängen noch keine abschließende Meinung und möglicherweise widerstreitende Empfindungen hat – mit anderen Worten sich mit keiner der beiden Gruppen gänzlich identifizieren mag – in die Breddouille. Diese Menschen sind nämlich plötzlich genötigt, sich entweder öffentlich zur einen oder anderen extremen Interpretation der Sachlage zu bekennen oder sich sehr, sehr vorsichtig auszudrücken, wenn nicht gar in der Öffentlichkeit zu schweigen, um nicht von einer oder gar beiden Seiten attackiert zu werden.

Die beiden sich gegenüberstehenden politischen Lager rufen ihnen wechselseitig zu: „Bekenne Dich! Zeige dein ‚wahres‘ Gesicht. Gehörst du zu uns oder zu ihnen? Bist du ein Nationalist oder ein Multikulturalist?“ Usw. usf. Der Gesamtschaden für die politische Öffentlichkeit, das Debattenklima und die Verfasstheit unserer Gesellschaft als Ort pluraler, also vielfältiger politischer und sozialer Debatten kann gar nicht groß genug eingeschätzt werden. Allen, die eine solche Diskursgemeinschaft stützen und tragen, den Moderaten, Überlegten, Geduldigen, zum Zuhören und Anerkennen anderer Meinungen Bereiten wird signalisiert: Eure Ansichten und Euer Selbstverständnis haben in diesem Konflikt



keinen Platz. Schweigt oder bekennt Euch zu einem der beiden politischen Extreme, zu einer der beiden Ideologien.

Zurück bleiben bei dieser Personengruppe – die zur Aufklärung, Bearbeitung und Beilegung des Konflikts entscheidende, ja essenzielle Ressourcen besäße – Verwirrung, Verunsicherung, das Gefühl allein zu stehen. Je nach Mentalität und psychischer Stabilität darf man erwarten, dass ein nicht unwesentlicher Teil dieser Menschen früher oder später – aus dem Bedürfnis heraus eine stabile soziale Identität, also die haltbare Zuordnung zu einer Gruppe, die das eigene Selbstbild in positiver Weise bestätigt, zurückzuerlangen – sich einer der beiden in der Öffentlichkeit dominierenden Gruppen zuordnen wird. Die wachsenden Stimmanteile für die AfD und neuerdings Bündnis90 / Die Grünen bestätigen diese Vermutung. Wir sind aktuell Zeugen einer zunehmenden politischen und gesellschaftlichen Radikalisierung und Lagerbildung, die unsere Gesellschaft Stück für Stück immer mehr von ihrer Fähigkeit einbüßen lässt, Konflikte produktiv und konstruktiv beizulegen – jedenfalls dann, wenn ihr nicht aus anderer Richtung begegnet wird.

## Wir brauchen neue Formen der Begegnung und der Diskussion

Ich möchte nun zunächst noch einmal zusammenfassen, worin aus meiner Sicht eine zentrale Ursache des wahrgenommenen Rückgangs des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Fähigkeit zur kollektiven Konfliktlösung zu suchen ist: und zwar in einem dysfunktionalen, weil verengten und damit inadäquaten Zugang zu und Umgang mit politischen Konflikten.

Ich habe erstens beschrieben, wie auf der Basis einer rationalistischen und logizistischen Sicht auf politische Debatten und Streitfälle der ineffektive bis widersprüchliche Weg einer Konfliktlösung an Hand eines oberflächlichen Streits um Begriffe und die vermeintlich „richtige“, „logische“ oder „vernünftige“ sprachliche Ordnung und Wiedergabe von politischen Sachverhalten beschränkt wird. Dieser Weg mündet nicht selten in unproduktive und frustrierende Scheinstreitigkeiten, während der eigentlich zu verhandelnde Konflikt durch den politischen Streit weitgehend unbeachtet und unverstanden bleibt.

Dieser ärgerliche Umstand beruht allerdings nicht nur auf der aus sprachlogischer Perspektive tatsächlich überschaubaren Fähigkeit und Bereitschaft vieler, um nicht zu sagen *aller* potenziellen Diskussteilnehmer, sich an die Regeln einer sauberen Argumentation zu halten, sondern letztlich vor allem darauf, dass mit Watzlawick gesprochen eine Bearbeitung von Konflikten nur auf der sachlich-argumentativen Inhaltsebene einfach nicht ausreichend ist. Diese wichtige Erkenntnis wird durch die viel-

fach geäußerte und immer wieder bekräftigte Überzeugung, guter politischer Streit sei vor allem ein Streit „in der Sache“, allerdings konterkariert und verschleiert.

Diese Perspektive auf politische Konflikte ist aber eben zu einseitig. Aus ihr verkennt man – und verkennen auch die meisten Diskutanten in Politik und Medien – die zweite, mindestens ebenso wichtige Dimension politischer Debatten. Es handelt sich hierbei um die Beziehungsebene eines Konflikts, die selbstverständlich immer vorhanden ist, so lange sich Menschen mit Menschen über etwas uneinig sind. Die ständige und unverdrossene Ausblendung der Beziehungsebene in politischen Streitfällen lässt die darunter liegenden Konflikte nicht nur ungelöst, sie führt auch oftmals noch zu deren Verschärfung!

Im Zuge eines weitgehend abstrakt und zusehends ideologisch geführten Streits um die Logik von Argumenten, um Begriffe und die Angemessenheit bestimmter Formulierungen finden dann nämlich häufig pauschale und falsche Gruppenzuordnungen statt, die nicht mehr rationalen Überlegungen unterliegen, sondern vielmehr den zumeist gänzlich unreflektierten Mechanismen gruppenpsychologischer Prozesse. In deren Zuge aber werden die individuellen Motive, das heißt insbesondere auch Empfindungen, unmittelbare und langfristige Eindrücke, Intuitionen und Haltungen, kurz die Wertesysteme und Selbstbilder zahlreicher Menschen, die nicht oder noch nicht ideologisch denken und empfinden, systematisch entwertet:

Diejenigen, die in einem Konflikt moderate Positionen beziehen, die auf einer vielgestaltigen und durchaus auch widersprüchlichen Wahrnehmung von Problemlagen gründen, wie sie unserer komplexen Welt eigentlich angemessen ist, werden ignoriert oder missverstanden, nicht selten auch angegriffen – das gilt übrigens für alle Foren der politischen Öffentlichkeit, nur in unterschiedlicher Abstufung, und somit nicht nur für die oft und zu Recht kritisierten, sogenannten sozialen, rein digitalen Medien, sondern auch für viele Beiträge in traditionellen ‚Qualitätsmedien‘ wie überregionalen Zeitungen und öffentlich-rechtlichem Rundfunk. Eigenschaften – und ja, Tugenden –, die wir als urdemokratisch und einem freien und ergebnisoffenen Meinungsbildungsprozess zuträglich bewerten würden, werden so allmählich zum Merkmal von Minderheiten. So büßen wir schrittweise diejenigen Ressourcen ein, die wir zur friedlichen Lösung politischer Konflikte am dringendsten benötigen.

Meine Überzeugung ist deshalb: **Wir müssen zu neuen Formen der politischen Kommunikation und Diskussion finden, die es uns in weit höherem Maße als heute ermöglichen, politische Konflikte als das zu erkennen und zu behandeln, was sie sind – eine komplexe Verschränkung sachlich-inhaltlicher und sozial-relationaler Aspekte.**

Wir müssen verstehen: Wenn andere etwas anderes wollen, dann haben sie dafür nicht nur logische und vernünftige Gründe. Genau wie wir selbst, wenn wir ehrlich zu uns sind. Und die Art, wie wir uns in einem Konflikt zu der anderen Gruppe verhalten, wird eben sehr stark auch durch soziale Faktoren, durch die Beziehungen, die zwischen den beiden Gruppen und ihren Angehörigen bestehen, bestimmt.

Will man solche Konflikte vernünftig bearbeiten, reicht dafür nicht der Gang in eine Talk-Show und auch keine als Schaukampf geführte Debatte im Bundestag oder das Interview in der *Bild*-Zeitung. Es braucht vielmehr ein kommunikatives Setting, eine Form der Begegnung, die es uns erlaubt, uns ohne grundsätzliche Missverständnisse und ideologische Frontenbildung direkt und umfassend miteinander auszutauschen. Aber wie könnten solche Formen des gemeinsamen Nachdenkens und des Streits über Politik aussehen?

Selbstverständlich gibt es dazu vielversprechende Ansätze und insbesondere jenseits der politischen Öffentlichkeit auch schon lange in der Praxis erfolgreiche Verfahren. Aber aus meiner Sicht gibt es noch viele offene Fragen, wenn wir solche Ansätze auf in der Öffentlichkeit verhandelte (und in einer Demokratie auch *nur in der Öffentlichkeit zu behandelnde*) Konflikte übertragen wollen. Darum will ich jetzt, im Anschluss an meine Problemanalyse und im letzten Abschnitt dieses Textes, nicht mit einer Abfolge bewährter Verfahren beeindrucken oder der Darstellung einer vorgeblich perfekten Methode überzeugen. Aber ich möchte beispielhaft auf ein in vieler Hinsicht vorbildliches Verfahren der Diskussion und Entscheidungsfindung für politische Konflikte verweisen, das sich als Durchbruch auf dem Weg in eine neue Form der politischen Öffentlichkeit erweisen könnte.

## Bringen geloste Bürgerräte bessere politische Diskussionen?

Seit 2018 unterstützt Kommunikative Demokratie e. V., der gemeinnützige Trägerverein unseres Think Tanks [denkzentrum|demokratie](#), das Projekt [Münchner Bürgerparlament](#). Im Zuge dieses Projekts soll in der bayerischen Landeshauptstadt ein per qualifizierter Zufallsauswahl und damit annähernd repräsentativ für die gesamte Stadtbevölkerung zusammengesetztes Bürgergremium entstehen, welches über Themen kommunaler Politik beraten und entscheiden soll. Dieses Projekt, das voraussichtlich 2020 konkrete Formen annehmen wird, ist nur ein Beispiel für eine Reihe teils mit staatlicher Unterstützung, teils aus zivilgesellschaftlicher Initiative gestarteter und eher noch als Experimente konzi-

pierter Bürgerräte, die weltweit und auch in vielen europäischen Staaten immer mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen.<sup>4</sup>

Der Gedanke hinter solchen gelosten Bürgergremien, die hierzulande gewöhnlich durch Zufallsziehung der Teilnehmenden aus dem Einwohnermelderegister zusammengesetzt werden, ist so einfach wie faszinierend: Politische Laien (also per Los ausgewählte Bürgerinnen und Bürger, die praktisch einen Querschnitt der Bevölkerung abbilden) treffen sich mehrmals zu intensiven Beratungen über politische (Konflikt)themen und suchen in expertengestützten und nach einfachen Regeln moderierten Gruppenprozessen nach Lösungen. Dabei steht die absolut gleichberechtigte und von gegenseitigem Respekt geprägte Teilhabe und Teilnahme aller ausgelosten BürgerInnen ebenso im Mittelpunkt wie das Ziel einer ausgewogenen und möglichst unideologischen Diskussion und Entscheidungsfindung.

Ein prominentes Beispiel kann, was zunächst abstrakt klingt, schnell verdeutlichen: Die vor wenigen Jahren verabschiedeten Reformen der irischen Verfassung, welche eine für das katholische Land revolutionäre Liberalisierung des Abtreibungsrechts und eine Legalisierung der Homoehe mit sich brachten, wurden erst möglich durch nach dem beschriebenen Verfahren zusammengesetzte Bürgerräte, denen es gelang, die bis dahin festgefahrenen Konfliktlinien in der zerstrittenen irischen Gesellschaft zu überwinden und eine deutlich mehrheitsfähige Beschlussvorlage für ein nationales Referendum über die Verfassungsreform herbeizuführen.

TeilnehmerInnen des Bürgerrats, der ohne Einflussnahme und Beteiligung der politisch-medialen Öffentlichkeit tagte, berichteten anschließend begeistert über Diskussions- und Erkenntnisprozesse, die man mit einem Begriff aus der Konfliktmediation „transformativ“ nennen kann: Vertreter gegensätzlicher Positionen trafen in einer gleichberechtigten Kommunikationssituation aufeinander und hatten Gelegenheit, dem ‚politischen Gegner‘ in die Augen zu sehen und sich – mit Hilfe ausgewogener Expertenmeinungen – die Legitimität der jeweils anderen Position vor Augen zu führen.<sup>vi</sup> Statt unversöhnlichem Streit und ideologischer Frontenbildung, statt irrationaler Dispute und unbarmherziger Gegnerschaft fanden die TeilnehmerInnen zu gemeinsamen Lösungen und gegenseitigem Verständnis – das nicht selten zu persönlicher Sympathie wurde.

Im Prozess und den Ergebnissen ähnlich verlief ein im Jahr 2019 durchgeführter Bürgerrat, der unter anderem vom Verein Mehr Demokratie e. V. und der Schöpflin Stiftung mit fachlicher Begleitung konzi-

---

<sup>4</sup> Eine Übersicht über staatlich unterstützte Bürgerratsprojekte und ihre Ergebnisse kann z.B. der Website unseres Kooperationspartners Demokratie Innovation e.V. entnommen werden:

<https://www.esgehtlos.org/geloste-burger-rate/erfolgreiche-beispiele>

piert und unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble durchgeführt wurde. Die durch ein bundesweites Losverfahren ausgewählten 160 Bürgerinnen und Bürger trafen sich an zwei Wochenenden in Leipzig, um in expertengestützten und moderierten Kleingruppendiskussionen und abschließenden Abstimmungen im Plenum Vorschläge für eine Reform und Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik zu entwickeln.

Die von etlichen Teilnehmenden berichteten Erlebnisse gleichen denen der irischen Bürgerräte und den Erfahrungen, die offenbar wiederholt und nahezu zuverlässig in gelosten Bürgergremien gemacht werden: Nach anfänglichen Zweifeln an der Fähigkeit von Laien, politische Entscheidungen nüchtern und ausgewogen zu treffen, verkehrt sich die Einschätzung der ausgelosten TeilnehmerInnen im Verlauf des Prozesses regelmäßig ins Gegenteil. Die Diskussionen und Begegnungen mit anderen ausgelosten BürgerInnen werden rückblickend als besonders fruchtbar, bereichernd und konstruktiv beschrieben. Soweit ideologische Gegnerschaft und abstrakter Streit überhaupt eine Rolle spielen, werden sie im Verlauf der gemeinsamen Diskussionen und Überlegungen zusehends überwunden und in gegenseitiges Verständnis transformiert.<sup>vii</sup>

Auf der Grundlage unserer bisherigen Überlegungen lässt sich mutmaßen: Einerseits gelingt die gemeinsame Konfliktbearbeitung und -bewältigung auf der *Inhaltsebene* weitaus besser, als das in alltäglichen politischen Debatten der Fall ist. In Bürgerräten, wo die persönliche Begegnung und die zeitintensive Abwägung von Problemen einen argumentativen und möglichst pointierten Schaukampf ersetzen, sind Zeit, Raum und Geduld vorhanden, um sich mit komplexen Sachzusammenhängen auseinanderzusetzen. Andererseits können die Konflikte aber auch auf der *Beziehungsebene* wirkungsvoll verstanden und bearbeitet werden, weil VertreterInnen einer mir fremden Ansicht in der persönlichen Begegnung auf Augenhöhe als konkrete Menschen erscheinen, deren Perspektiven an konkreten Beispielen und vor allem *empathisch* nachvollzogen werden können.

Überhaupt scheint die Bereitschaft zum Perspektivwechsel und der tatsächlichen Veränderung politischer Positionen zu den wichtigsten Effekten bei den Teilnehmenden geloster Bürgergremien zu zählen. Aus politischen GegnerInnen werden Menschen, die beginnen, einander zu verstehen. So werden Konflikte, die zuvor unlösbar erschienen, zu lösbaren Problemen. Offenbar befähigt das kommunikative Setting des Bürgerrats Menschen dazu, Konflikte sowohl sachlich-inhaltlich, also rational, als auch in ihrer Beziehungsdimension, also psycho-emotional, zu durchdringen und somit zu Lösungsansätzen zu finden, die den überwiegend konfrontativ und oberflächlich konstruierten Formaten der heute üblichen politischen Debatte in Parlamenten und Medien überlegen sind. Das Beispiel der irischen Verfassungsreform zeigt besonders prägnant, wie fruchtbar ein solches Verfahren im Falle von als tief und ausweglos erfahrenen, mit vielen emotionalen Vorbehalten belegten Konflikten sein kann.

Es bleibt allerdings – neben der noch offenen Frage einer möglichen Institutionalisierung und formalrechtlichen Legitimierung der Entscheidungen geloster Bürgergremien, die nicht hier, aber sehr wohl an anderer Stelle diskutiert werden sollte – die überhaupt nicht triviale Frage, ob solche Verfahren tatsächlich geeignet sind, Probleme der politischen Öffentlichkeit zu diskutieren. Denn – das soll nicht kaschiert werden – Bürgerräte der geschilderten Form funktionieren nicht zuletzt deshalb so gut, weil die Teilnehmenden von der Öffentlichkeit weit gehend abgeschirmt werden. Über die Inhalte der Beratungen darf gewöhnlich weder von den Teilnehmenden, noch von Medienvertretern berichtet werden, solange der Prozess läuft. Erst durch den temporären Ausschluss der allgemeinen politischen Öffentlichkeit wird hier also die Lösung eines für diese Öffentlichkeit bisher unlösbaren Konfliktes möglich. Stattdessen wird eine um ein Vielfaches verkleinerte, aber möglichst repräsentative, künstliche Miniaturöffentlichkeit geschaffen, die unter besonderen, nichtalltäglichen Bedingungen operiert.

Natürlich ist ein solches Vorgehen grundsätzlich kein Novum in repräsentativen Demokratien, die von ihrem Grundverständnis her darauf angelegt sind, eben in solchen stellvertretenden Teil- und Scheinöffentlichkeiten zu ausgewogenen, der Gemeinschaft zuträglichen Problem- und Konfliktlösungen zu finden. Nur: Wenn die Antwort auf die Probleme einer zusehends pluralen, zersplitterten und dazu noch durch digitale Kommunikationstechnologien in ihren Debatten hochgradig beschleunigten Gesellschaft in einer Entschleunigung und Dezentralisierung von Entscheidungen zu suchen ist, wie sie die hoffnungsvoll stimmenden Ergebnisse geloster Bürgergremien nahelegen – wie kann ein solcher Prozess praktisch gelingen? Können und wollen wir Entscheidungen nationaler und langfristiger Tragweite an zufällig und ad-hoc zusammengesetzte Gremien übertragen? Können in immer kürzerer Frist zu treffende Entscheidungen von zeitintensiv tagenden, durch immer neue Zufallsauswahlen zusammengesetzten Räten getroffen werden? Und wollen wir die durch digitale Medien und Vernetzung gewonnene Transparenz über politische Debatten und Entscheidungsprozesse teilweise aufgeben zu Gunsten von der Öffentlichkeit abgeschirmter Beratungen? Und wer wählt die Expertinnen und Experten aus, die in solchen Prozessen möglichst neutral und im Interesse der Allgemeinheit *informieren*, aber keinesfalls im Auftrag mächtiger Interessengruppen *manipulieren* sollen?

Wahrscheinlich können befriedigende Antworten auf diese und andere Fragen gefunden werden – aber nur eine intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung und öffentliche politische Diskussion über das Potenzial geloster Bürgergremien können hier gemeinsam mit praktischen Erprobungen des Verfahrens, wie wir sie etwa in München unterstützen, Fortschritte bringen. Der Ausgang ist noch ungewiss – aber ohne Zweifel bergen solche Verfahren ein großes Potenzial die in diesem Text beschriebenen Probleme und Dysfunktionalitäten politischer Diskussion in der Öffentlichkeit zu überwinden: Denn wenn wir den fruchtlosen und stetig eskalierenden Streit über die sprichwörtliche Zahnpastatube

und deren korrekte Ausrichtung im Badezimmerschrank – dem die ideologischen Gruppenkonflikte unserer Gegenwart oftmals tatsächlich zum Verwechseln ähnlich sehen – überwinden könnten zu Gunsten einer konfliktbewussten, lösungsorientierten Herangehensweise an politische Diskussionen, wäre weit mehr gelöst als nur ein kniffliger Streitfall.

Dr. **Andreas Schiel** studierte Philosophie, Politikwissenschaft und Psychologie und promovierte in Philosophie mit einer Arbeit zum Thema 'Liebe, Kommunikation und Ethik – Pragmatische Überlegungen zur kommunikativen Fundierung von Moral'. Seit 2014 koordiniert er die Aktivitäten des denkzentrum|demokratie und beschäftigt sich in dieser Funktion mit Zukunftsfragen der Demokratie. Außerdem arbeitet er als Publizist, Dozent, Forscher und Berater im Bereich der digitalen Transformation und der Zukunft der Arbeit.

Kontakt: [schiel\(at\)denkzentrum-demokratie.de](mailto:schiel(at)denkzentrum-demokratie.de)

- i Vgl. Platon (2004): Sophistes, in: ders.: Sämtliche Dialoge, übersetzt von Otto Apelt, Band VI, Hamburg
- ii Vgl. Zorn, Daniel Pascal (2017): Logik für Demokraten. Eine Anleitung, Stuttgart
- iii Vgl. Schiel, Andreas (2014): Demokratie als Wagnis der Verständigung – Zur Idee einer Kommunikativen Bürgerdemokratie, Online-Publikation:  
[http://www.denkzentrum-demokratie.de/denkzentrum%7Cdemokratie: publikationen\\_files/d%7Cd\\_pub102014.pdf](http://www.denkzentrum-demokratie.de/denkzentrum%7Cdemokratie: publikationen_files/d%7Cd_pub102014.pdf)
- iv Vgl. Watzlawick, Paul/Beavin, Janet H./Jackson, Don D. (1969): Menschliche Kommunikation – Formen, Störungen, Paradoxien, Bern
- v Vgl. Tajfel, Henri (1982): Gruppenkonflikt und Vorurteil. Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen, Bern
- vi Vgl. beispielhaft: Berbner, Bastian (2018): Ich und der ganz andere. In: SZ-Magazin, München  
<https://www.sueddeutsche.de/leben/freundschaft-ich-und-der-ganz-andere-1.3988670?reduced=true>
- vii Vgl. für exemplarische Eindrücke einiger Teilnehmenden: <https://www.youtube.com/watch?v=A2X-vexykMY>